

N i e d e r s c h r i f t

über die 59. - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur

am 9. April 2026

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Hightech Agenda Deutschland - Niedersachsen muss zum Treiber im neuen Hightech-Jahrzehnt werden!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/9611](#)
Unterrichtung durch die Landesregierung..... 4
Aussprache 8

2. **Künstliche Intelligenz in Kunst und Kultur - Transparenz schaffen, Kunst- und Kulturschaffende stärken und schützen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5662](#)
Unterrichtung durch die Landesregierung..... 12
Aussprache 14

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Jessica Schülke (AfD), Vorsitzende
2. Abg. Thordies Hanisch (i. V. der Abg. Antonia Hillberg) (SPD)
3. Abg. Dr. Silke Lesemann (SPD)
4. Abg. Sebastian Penno (SPD)
5. Abg. Karola Margraf (i. V. des Abg. Ulf Prange) (SPD)
6. Abg. Jan Henner Putzier (SPD)
7. Abg. Annette Schütze (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
8. Abg. Jörg Hillmer (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
9. Abg. Christian Fühner (i. V. der Abg. Cindy Lutz) (CDU)
10. Abg. Colette Thiemann (i. V. der Abg. Martina Machulla) (CDU)
11. Abg. Lukas Reinken (CDU)
12. Abg. Oliver Schatta (CDU)
13. Abg. Pippa Schneider (GRÜNE)
14. Abg. Lena Nzume (i. V. der Abg. Eva Viehoff) (GRÜNE)

Zeitweise übernimmt Abg. Dr. Silke Lesemann (SPD) die Leitung der Sitzung.

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Armbrecht.

Niederschrift:

Ministerialrätin Dr. Kresse, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10:17 Uhr bis 11:14 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Billigung von Niederschriften

Der **Ausschuss** billigt die Niederschrift über die 58. Sitzung.

Tagesordnungspunkt 1:

Hightech Agenda Deutschland - Niedersachsen muss zum Treiber im neuen Hightech-Jahrzehnt werden!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/9611](#)

erste Beratung: 84. Plenarsitzung am 28.01.2026

federführend: AfWuK

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF

zuletzt beraten: 55. Sitzung am 05.02.2026 (Bitte um Unterrichtung)

Unterrichtung durch die Landesregierung

MR **Dr. Huster** (MWK): Vielen Dank für die Gelegenheit, zum aktuellen Stand der Hightech Agenda Deutschland und zu ihrer Bedeutung für Niedersachsen zu berichten.

Im Folgenden möchte ich zunächst kurz auf die Ziele und Instrumente der Hightech Agenda eingehen, dann den aktuellen Stand der Umsetzung in den Schlüsseltechnologien und die Bedeutung für Niedersachsen darstellen und zum Schluss etwas zur Einordnung des Entschließungsantrags sagen.

Die Hightech Agenda wurde von der Bundesregierung bereits im Sommer 2025 beschlossen und ist ein zentraler Baustein der aktuellen Innovationspolitik des Bundes.

Die Agenda hat drei zentrale Ziele: erstens die technologische Souveränität Deutschlands zu stärken, zweitens die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und drittens Forschung schneller in die Anwendung zu bringen.

Für die Umsetzung sind bis 2029 rund 18 Milliarden Euro vorgesehen. Damit gehört die Hightech Agenda zu den größten innovationspolitischen Programmen der vergangenen Jahre.

Im Zentrum stehen sechs Schlüsseltechnologien, die für die wirtschaftliche und technologische Zukunft Deutschlands als besonders relevant erachtet werden: Künstliche Intelligenz, Quantentechnologien, Mikroelektronik, Biotechnologie, Fusion und klimaneutrale Energieerzeugung sowie klimaneutrale Mobilität.

Ergänzt werden diese Schlüsseltechnologien durch weitere strategische Forschungsfelder wie Luft- und Raumfahrt, Gesundheitsforschung, Sicherheits- und Verteidigungsforschung sowie Klima- und Nachhaltigkeitsforschung.

Zentrales Element der Umsetzung ist das Zusammenspiel von Roadmaps und Flaggschiffmaßnahmen. Für die Roadmaps hat das BMFTR in allen Technologiefeldern in den letzten Monaten Partnerdialoge gestartet und gezielt Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft eingebunden. Ziel ist es, für jede Schlüsseltechnologie eine gemeinsame Roadmap zu entwickeln. Diese Roadmaps sollen klare Zielbilder, konkrete Meilensteine und prioritäre Maßnahmen enthalten. Sie dienen damit als strategischer Orientierungsrahmen für die nächsten Jahre. Nach

aktueller Planung sollen die ersten Roadmaps in der zweiten Maihälfte vorgestellt werden. Wichtig ist, dass sie anschließend dynamisch fortentwickelt werden sollen.

Flankierend dazu gibt es Flaggschiffmaßnahmen. Das sind große, prioritäre Förderinitiativen mit hoher Sichtbarkeit, die gezielt auf Umsetzung und Skalierung ausgerichtet sind. Bereits mit Veröffentlichung der Hightech Agenda im Sommer letzten Jahres wurden erste Flaggschiffmaßnahmen in den Schlüsseltechnologiefeldern gestartet.

Wichtig ist: Beide Instrumente greifen ineinander. Die Roadmaps geben die Richtung vor, und die Flaggschiffmaßnahmen setzen diese in ganz konkrete Projekte um.

Damit komme ich zum Stand der Umsetzung in den Schlüsseltechnologien und deren Bedeutung für Niedersachsen.

Im Bereich Künstliche Intelligenz gab es seit Jahresbeginn mehrere Partnerdialoge in unterschiedlichen Akteurskonstellationen. Parallel dazu wurden bereits drei Flaggschiffmaßnahmen auf den Weg gebracht:

Als erste Flaggschiffmaßnahme wurde „KI-Robotikbooster“ im Rahmen eines Konzeptpapiers vorgestellt und wurden Förderinitiativen zu Forschungslaboren Robotik, KI-basierten Mehrzweckrobotern und Transferzentren angekündigt. Hierfür bilden und positionieren sich derzeit auch niedersächsische Konsortien, insbesondere zusammen mit Bremen und Hamburg.

Für - zweitens - die Flaggschiffmaßnahme „Weiterentwicklung der KI-Servicezentren“ läuft derzeit die Konzeptentwicklung. Bis 2027 soll das Angebot ausgebaut werden. Niedersachsen verfügt mit dem „KI-Servicezentrum für Sensible und Kritische Infrastrukturen“ (KISSKI) rund um die Universitäten Göttingen und Hannover bereits jetzt über eines von bundesweit vier Zentren. Wir gehen deshalb davon aus, dass wir künftig auch vom Ausbau der KI-Servicezentren profitieren werden.

Drittens gibt es die Flaggschiffmaßnahme „Weiterentwicklung der KI-Kompetenzzentren zu Spitzenzentren für grundlagen- und anwendungsorientierte KI-Forschung“. Hier rechnen sich insbesondere die niedersächsischen DFKI-Standorte gute Chancen aus, da das DFKI eines der bundesweit sechs KI-Kompetenzzentren ist.

Im Bereich Quantentechnologien hat es seit Jahresbeginn mehrere Partnerdialoge zu den Themen Quantentechnologien, -sensorik und -kommunikation gegeben. Zur ersten Flaggschiffmaßnahme einer Quantencomputing-Challenge wurde ein Whitepaper vorgelegt, um Input aus Wissenschaft und Wirtschaft einzuholen. Ziel der Challenge ist die Entwicklung von zwei Quantencomputern bis 2030. Die Ausschreibung ist gestern veröffentlicht worden.

Niedersachsen ist hier mit den umfassenden Förderungen der vergangenen Jahre in die Quantentechnologien rund um das Quantum Valley Lower Saxony (QVLS) in einer sehr guten - ich würde sogar sagen: herausragenden - Ausgangsposition. Die Forschenden arbeiten bereits an einem 50-Qubit-Quantencomputer, der auf der Ionenfallen-Technologie basiert. Mit der wissenschaftsnahen Ausgründung QUDORA im Lead rechnen sich die Akteure sehr hohe Chancen bei der jetzt ausgeschriebenen Quantencomputing-Challenge aus. Auch in der Quantensensorik und -kommunikation wurden bereits substanzielle Vorleistungen für die Umsetzung der Zielsetzungen der Hightech Agenda erbracht.

Im Bereich der Mikroelektronik ist der Strategieprozess schon etwas weiter fortgeschritten. Bereits im Oktober des vergangenen Jahres wurde die Mikroelektronik-Strategie der Bundesregierung vom Kabinett beschlossen. Flankierend dazu gab es auch mehrere Partnerdialoge. Zur ersten Flaggschiffmaßnahme eines Kompetenzzentrums Chipdesign wurde ebenfalls im Oktober letzten Jahres ein Whitepaper veröffentlicht und dazu aufgerufen, bis Ende 2025 Konzeptvorschläge für den Aufbau eines solchen Kompetenzzentrums Chipdesign einzureichen.

Niedersachsen ist mit gezielten Fördermaßnahmen wie dem „Wissenschaftsraum Mikroelektronik“ und entsprechenden Forschungsverbänden an der Leibniz Universität Hannover und der TU Braunschweig sehr gut positioniert und bereits aktiv in entsprechende Verfahren eingebunden. So wurde von den Akteuren gemeinsam mit Partnern aus Süddeutschland ein Konzeptvorschlag für ein Kompetenzzentrum Chipdesign eingereicht, der derzeit vom BMFTR bewertet wird.

Im Schlüsseltechnologiefeld Biotechnologie wurden aufgrund der thematischen Vielfalt separate Dialoge für die rote Biotechnologie - Biomedizin - und grüne Biotechnologie - Ernährung, Novel Foods - geführt. Deren Ergebnisse sollen nun in einer gemeinsamen Roadmap gebündelt werden. Dabei zeigt sich, dass neben finanzieller Förderung auch regulatorische Rahmenbedingungen eine entscheidende Rolle spielen. Durch gezielte nicht monetäre Maßnahmen können wichtige Fortschritte erzielt werden, was in der weiteren Umsetzung der Hightech Agenda berücksichtigt werden soll.

Durch die konsequente strategische Förderung der Biomedizin in Niedersachsen in den vergangenen Jahren sind unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen bestens aufgestellt, um von den neuen Förderprogrammen überdurchschnittlich profitieren zu können. Beispiele dafür sind das Institute for Biomedical Translation (IBT), das Zentrum für Künstliche Intelligenz und Kausale Methoden in der Medizin (CAIMed) oder die Start-up-Factory GOe FUTURE in Göttingen.

In der grünen Biotechnologie fördern wir insbesondere - ganz aktuell - durch das KI-Labor zur Agrar- und Ernährungswirtschaft und das Projekt agri:change die Transformation der Landwirtschaft. Diese Förderimpulse sorgen dafür, dass unsere Forschenden in Niedersachsen gut auf die kommenden Förderprogramme vorbereitet sind und ihre eigene Expertise gezielt in bundesweite Initiativen einbringen können.

Im Schlüsseltechnologiefeld Fusion und klimaneutrale Energie verfolgt die Hightech Agenda einen langfristigen und strategisch angelegten Ansatz zur Sicherung einer nachhaltigen und technologisch souveränen Energieversorgung. Mit dem Aktionsplan Fusion wurde ein erster Rahmen gesetzt. Ziel ist es, die Fusionsforschung zu stärken und den Weg hin zu Demonstrationsanlagen zu beschleunigen.

Niedersachsen selbst ist in der Fusionsforschung weniger stark positioniert. Unsere Stärken liegen klar im Bereich der klimaneutralen Energie. Dazu zählen erneuerbare Energien, wie die Wind- und Solarenergieforschung, die Systemintegration und die sektorübergreifende Transformation des Energiesystems. Eine zentrale Rolle spielt hier das Energie-Forschungszentrum Niedersachsen (EFZN). Es bündelt die Kompetenzen im Land und steht für die besondere Fähigkeit Niedersachsens, unterschiedliche Technologiefelder - etwa erneuerbare Energien, Wasserstoff, Energiespeicher und Netzintegration - systematisch zusammenzuführen und in übergreifende Lösungen zu überführen.

Im Bereich der klimaneutralen Mobilität lag der Schwerpunkt der bisherigen Partnerdialoge vor allem auf der Batterietechnologie. Hier zeigt sich, dass entlang der gesamten Wertschöpfungskette - von Materialien über Zellfertigung bis hin zum Recycling - noch erhebliche Herausforderungen bestehen. Niedersachsen ist hier besonders gut aufgestellt. In den vergangenen Jahren haben wir gezielt und in erheblichem Umfang in die Batterieforschung rund um Braunschweig investiert. Mit der Battery LabFactory Braunschweig (BLB), dem Fraunhofer-Zentrum für Energiespeicher und Systeme (ZESS) und dem Forschungsbau Center for Circular Production of Next Generation Batteries (CPC) steht eine bundesweit einzigartige Forschungsinfrastruktur für eine nachhaltige, zirkuläre Batterieproduktion zur Verfügung.

Neben dem Roadmapping-Prozess zur Batterietechnologie wurde im Bereich der klimaneutralen Mobilität im Januar eine Ausschreibung zu „KI-basierten klimaneutralen Mobilitätssystemen in Modellregionen“ veröffentlicht. Ziel ist es, vernetzte und datenbasierte Mobilitätssysteme zu entwickeln, die Emissionen reduzieren und die Effizienz erhöhen. Die Region Südostniedersachsen hat hierzu eine Projektskizze eingereicht. Beteiligt sind unter anderem das DLR, das Niedersächsische Forschungszentrum Fahrzeugtechnik (NFF), der Regionalverband Großraum Braunschweig sowie Siemens. Hier zeigt sich sehr konkret, wie niedersächsische Akteure ihre Stärken in laufende Prozesse der Hightech Agenda einbringen.

Abschließend komme ich zu einer Einordnung des Entschließungsantrags.

Der Entschließungsantrag greift viele wichtige Punkte auf, insbesondere die strategische Positionierung Niedersachsens und die stärkere Nutzung von Bundesprogrammen. Dabei ist jedoch wichtig, zu betonen, dass für den unmittelbaren Erfolg bei der Hightech Agenda die bisherige Forschungs- und Innovationspolitik entscheidend sein wird und Niedersachsen hier bereits in den vergangenen Jahren wesentliche Voraussetzungen geschaffen hat. Wir setzen also viele der im Antrag formulierten Forderungen im Kern schon um.

Erstens. Das Land hat durch eine aktive und strategisch ausgerichtete Forschungspolitik gezielt in Zukunftstechnologien investiert. Eine zentrale Rolle spielt dabei das gemeinsame Förderprogramm „zukunft.niedersachsen“ von MWK und VolkswagenStiftung. Über dieses Programm (vormals VW-Vorab) wurden in den vergangenen Jahren erhebliche Mittel in forschungsstrategische Vorhaben investiert, die heute direkt an die Schlüsseltechnologien der Hightech Agenda anschlussfähig sind.

Zweitens. Im vergangenen Jahr wurde ein temporärer Innovationsrat eingerichtet, der die Landesregierung in innovationspolitischen Fragen berät. Dieser wird im Sommer konkrete Empfehlungen vorlegen. Der Rat wird darin unter anderem auch die für Niedersachsen besonders relevanten Schlüsseltechnologiefelder darstellen, die eine fokussierte Unterstützung der Landespolitik verdienen. Damit wird uns eine strukturierte Grundlage für die weitere strategische Ausrichtung der Innovationspolitik in Niedersachsen vorliegen.

Drittens. Für jede Schlüsseltechnologie wurden auf Fachebene ressortübergreifende Teams eingerichtet. In diesen Teams sitzen Vertreter*innen aus MWK, Staatskanzlei - Stabsstelle Innovation und Wettbewerbsfähigkeit -, MW, MI - hier ist das Thema Digitalisierung angesiedelt - und Niedersachsen.next. Diese Teams stehen wiederum im engen Austausch mit den jeweiligen zentralen Akteuren aus Wissenschaft und Wirtschaft. Sie bringen gezielt Beiträge in die Roadmapping-Prozesse des Bundes ein und bereiten sich gleichzeitig auf kommende Förderausschreibungen vor.

Insgesamt lässt sich also festhalten, dass Niedersachsen bereits hervorragend aufgestellt ist und aktiv daran arbeitet, die Chancen der Hightech Agenda zu nutzen. Entscheidend wird sein, die vorhandenen Stärken gezielt zu nutzen, die Zusammenarbeit weiter zu intensivieren und die Landesaktivitäten eng mit den Initiativen des Bundes zu verzahnen.

Aussprache

Abg. **Lukas Reinken** (CDU): Vielen Dank für die sehr ausführliche Unterrichtung; dadurch haben wir einen sehr guten Gesamtüberblick bekommen.

Gibt es bei zukunft.niedersachsen und bei dem Roadmapping-Verfahren, das quasi auf Niedersachsen übertragen wird, konkrete, messbare Zielsetzungen, anhand derer man am Ende feststellen kann, ob die Förderung erfolgreich war oder nicht?

MR **Dr. Huster** (MWK): Wir sind hierbei noch in einem frühen Stadium: Aktuell finden die Partnerdialoge statt, und die Roadmaps werden gerade vom Bund erarbeitet. Das heißt, eine konkrete Meilensteinplanung für die einzelnen Schlüsseltechnologien, die wir mit zukunft.niedersachsen abgleichen könnten, liegt im Moment noch nicht vor.

Was das Thema Monitoring angeht: Es ist ein 360-Grad-Monitoring seitens des Bundes geplant, und natürlich werden wir landesseitig schauen, wie auch wir unsere Förderung entsprechend monitoren können.

Abg. **Lukas Reinken** (CDU): Ich möchte speziell zu zukunft.niedersachsen nachhaken: Gibt es ein Monitoring der Fördermaßnahmen, bei denen die Auszahlung der Mittel über zukunft.niedersachsen läuft, anhand dessen man feststellen kann, ob eine Fördermaßnahme erfolgreich war oder nicht? Es gibt ja, je nach Thema, das gefördert wird, unterschiedliche Erfolgskennzahlen. Wird das überprüft oder nicht?

MR **Dr. Huster** (MWK): Eine solche Überprüfung findet projektspezifisch statt. Es gibt einen Projektantrag, in dem Ziele vorgestellt werden, und am Ende des Projektes wird ein Bericht erstellt. Bei sehr großen und bedeutenden Projekten schaut sich eine Kommission noch einmal ganz genau an, was erreicht wurde und ob und, wenn ja, wie ein Projekt weiterlaufen sollte.

Abg. **Lukas Reinken** (CDU): Inwiefern werden in diesem Bereich der Hightech Agenda in den Plänen des Landes Niedersachsen auch die Exzellenzcluster bzw. Exzellenzuniversitäten - das Verfahren läuft ja noch - mitgedacht, und inwieweit können diese davon gegebenenfalls profitieren?

MR **Dr. Huster** (MWK): Die Exzellenzcluster spielen natürlich eine große Rolle bei den Schlüsseltechnologiefeldern, denn das ist die Grundlagenforschung, und in der Hightech Agenda geht es um die Umsetzung, darum, das Ganze zur Marktreife zu bringen. Ganz prominent ist hier die Quantentechnologie zu nennen - die Exzellenzcluster QuantumFrontiers und PhoenixD an der Uni Hannover und der TU Braunschweig zahlen auf die Entwicklung eines Quantencomputers ein.

Dasselbe gilt für den Biomedizinbereich, und die Hörforschung mit dem Cluster Hearing4all zahlt zum Beispiel auf die Mikroelektronik ein.

Also: Ja, die Exzellenzcluster bereiten letztlich mit den Boden für die Schlüsseltechnologien.

Abg. Lukas Reinken (CDU): Beim Thema KI und Quantencomputing sprechen wir ja insbesondere auch über Rechenkapazitäten, die irgendwann logischerweise an ein Limit kommen. Gibt es Pläne - gegebenenfalls auch bundesweit -, die Rechenkapazitäten auszuweiten, und welche Rolle spielt Niedersachsen dabei?

MR Dr. Huster (MWK): Für das Thema Rechenkapazitäten bin ich kein Experte. Ich weiß, dass wir hierzu bundesweit im Austausch stehen, bin aber in diesen Prozessen nicht in der Tiefe involviert.

Abg. Dr. Silke Lesemann (SPD): Herr Dr. Huster, Sie haben in der Unterrichtung nichts zum Thema Geistes- und Sozialwissenschaften gesagt. Lag das daran, dass im Antrag der CDU-Fraktion dazu nichts steht? Denn in der Hightech Agenda sind die Geistes- und Sozialwissenschaften ja eines der fünf strategischen Forschungsfelder, und in Niedersachsen haben wir in diesem Bereich einiges vorzuweisen. Inwieweit gehören die Geistes- und Sozialwissenschaften flankierend zu den anderen Forschungsthemen dazu? Oder wird das Feld nicht speziell für Niedersachsen eröffnet?

MR Dr. Huster (MWK): In der Unterrichtung habe ich den bisherigen Stand der Hightech Agenda vorgestellt, und bei den bisherigen Partnerdialogen geht es vor allem um die sechs genannten Schlüsseltechnologiefelder - nur diese sind bisher Thema gewesen. Die strategischen Forschungsfelder, die in der Hightech Agenda stehen, sind bis jetzt noch nicht mit Partnerdialogen bespielt worden; deswegen spielten die Geistes- und Sozialwissenschaften bisher eine eher untergeordnete Rolle. Bei den Schlüsseltechnologiefeldern spielen sie natürlich auch eine gewisse Rolle - es gibt gesellschaftliche Auswirkungen -, aber nicht als einzelnes Forschungsfeld.

Abg. Annette Schütze (SPD): Sie hatten erwähnt, dass sich die Mittel für die Umsetzung der Hightech Agenda, die vom Bund investiert werden, auf einem sehr hohen Niveau bewegen, und wir müssen jetzt schauen, wie wir Fördermittel im Rahmen der Hightech Agenda nach Niedersachsen holen. Das ist ja letztendlich auch das Ziel des Antrags der CDU-Fraktion.

Nach meiner Einschätzung wären wir aber doch eigentlich zu spät dran, wenn wir erst jetzt anfangen würden, zu überlegen, wie Niedersachsen am besten an diese Bundesmittel kommen kann, sodass entsprechende Forderungen aus der Politik gar nicht mehr zielführend wären. Denn Sie haben ja auch darauf hingewiesen, dass Niedersachsen im Bereich der Spitzenforschung sehr gut aufgestellt ist und es an vielen Stellen gute Grundlagen gibt, an die wir anknüpfen können, sodass Niedersachsen gute Chancen auf Förderungen in diesen Bereichen hat. Aber an den Stellen, an denen es diese Grundlagen nicht gibt, wäre der Zeitpunkt dafür doch jetzt verpasst, oder sehe ich das falsch?

MR Dr. Huster (MWK): Diese Einschätzung teile ich; das habe ich auch bei der Einordnung des Entschließungsantrags versucht, deutlich zu machen.

In den Partnerdialogen geht es jetzt vor allem darum, welche Kompetenzen die jeweiligen Länder einbringen. Denn dem Bund geht es ja nicht darum, eine Strategie nur für den Bund zu entwickeln, sondern er möchte eine Innovationsstrategie entwickeln, die die Länderkompetenzen mit einbindet, um Deutschland insgesamt nach vorne zu bringen. Natürlich müssen wir in diesem Prozess unsere aktuellen Stärken benennen können. Zum Beispiel ist Niedersachsen in der Fusionsforschung weniger stark positioniert. In diesem Bereich Kompetenzen aufzubauen,

würde fünf bis zehn Jahre dauern; wir hoffen aber, dass die Hightech Agenda dann schon Früchte trägt. Von daher würde ich Ihrer Einschätzung zustimmen: Mit unseren konsequenten strategischen und umfassenden Förderungen insbesondere im Rahmen von zukunftsorientierten niedersächsischen haben wir uns in den Schlüsselthemen schon sehr gut positioniert. Diese Bereiche bringen wir jetzt ein und stärken sie im Zusammenspiel mit dem Bund weiter.

Abg. **Lukas Reinken** (CDU): Ich habe zwei Fragen.

Erstens. Einer der Hebel für die Hightech Agenda ist ja der Abbau von Förderbürokratie - dazu gibt es einige Vorschläge in der Hightech Agenda. Haben Sie für die niedersächsische Förderlandschaft schon Maßnahmen identifiziert, mit denen man gerade die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von Förderbürokratie entlasten und so mehr Freiräume für sie schaffen kann?

Meine zweite Frage bezieht sich auf den von Ihnen angesprochenen Innovationsrat, der im Sommer Empfehlungen vorlegen soll. Welche Möglichkeiten bestehen denn, die Empfehlungen des Innovationsrats noch in die konkreten niedersächsischen Maßnahmen im Rahmen der Hightech Agenda mit aufzunehmen?

MR **Dr. Huster** (MWK): Zu Ihrer Frage nach dem Bürokratieabbau: Für den Bereich Biotechnologie habe ich darauf hingewiesen, dass man dort schauen muss, inwiefern man bei den regulatorischen Rahmenbedingungen zu Vereinfachungen kommen kann. Das wird nach meiner Kenntnis in den Partnerdialogen intensiv diskutiert.

Auch der Innovationsrat wird uns Empfehlungen zum Thema Bürokratieabbau beim Wissens- und Technologietransfer geben. Ganz konkret geht es darum, eine Art Niedersachsen-Standard für den Wissens- und Technologietransfer zu entwickeln, und um Vereinfachungen insbesondere beim Themenfeld Gründungen.

Das beantwortet vielleicht auch zum Teil die Frage, inwiefern die Empfehlungen des Innovationsrats uns noch helfen könnten. Im Innovationsrat sitzen externe Experten, die einen anderen Blick auf Niedersachsen haben und vielleicht noch den einen oder anderen Hebel zur Beschleunigung identifizieren, den wir vielleicht nicht so im Blick haben. Der Innovationsrat wird auch Empfehlungen zu Schlüsseltechnologiefeldern geben - mein Eindruck ist, dass es eine hohe Deckungsfähigkeit zwischen Bund und Land geben wird -, aber auch dazu, wo wir uns - jedes Technologiefeld ist ja sehr breit - fokussieren und profilieren sollten.

Ein anderer Punkt, den der Innovationsrat im Blick hat, betrifft das Thema Governance bzw. die Frage, wie wir in Niedersachsen im Bereich der Intermediären, der Förderung des Technologietransfers Governance-Prozesse nachjustieren könnten.

Abg. **Jessica Schülke** (AfD): Ich habe eine Nachfrage zum Thema Bürokratieabbau. Die CDU-Fraktion fordert unter Nr. 5 des Antrags, ein Landes-Innovationsmonitoring einzurichten, und zugleich unter Nr. 6, einen Bürokratieabbau-Fahrplan für Forschung und Innovation vorzulegen. Inwiefern sind diese beiden Punkte nach Ihrer Einschätzung miteinander verträglich angesichts der Erfahrungstatsache, wonach extensive Datenerhebung und -verarbeitung in der Regel mit der Erfüllung von Berichts- und Dokumentationspflichten einhergehen und daher tendenziell geeignet sind, Bürokratieaufwuchs zu fördern?

MR **Dr. Huster** (MWK): Was das geforderte Landes-Innovationsmonitoring angeht: Ein Monitoring ist natürlich wichtig, aber man muss in der Tat immer auch die Kehrseite berücksichtigen,

und zwar zusätzliche Berichtspflichten für die Akteure, die die Projekte umsetzen. Deshalb ist damit natürlich auch eine gewisse Bürokratie verbunden. Man muss da also sehr vorsichtig sein.

Es gibt natürlich Berichtspflichten innerhalb der Projekte, die nachgehalten werden. Aber wenn der Bund ein Monitoring-System ankündigt - ich hatte angesprochen, dass der Bund ein 360-Grad-Monitoring-System aufsetzen will -, dann muss man überlegen, wie man das Monitoring des Landes da gut einbindet, anstatt ein zusätzliches Monitoring aufzusetzen, das dann eine weitere Belastung für die Antragsteller bzw. Projektumsetzenden bedeutet.

*

Abg. **Lukas Reinken** (CDU) schlägt **zum weiteren Verfahren** vor, zunächst die Unterrichtung auszuwerten und dann die Beratung fortzusetzen.

Tagesordnungspunkt 2:

Künstliche Intelligenz in Kunst und Kultur - Transparenz schaffen, Kunst- und Kulturschaffende stärken und schützen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5662](#)

erste Beratung: 51. Plenarsitzung am 07.11.2024
AfWuK

zuletzt beraten: 58. Sitzung am 12. März 2026

Unterrichtung durch die Landesregierung

Frau **Breyer** (MWK): Ich berichte zum aktuellen Sachstand „KI und Kultur“ aus Perspektive der Kulturabteilung des MWK - zuletzt hatte Frau Reich am 13. Januar 2025 dazu unterrichtet.

Das MWK fördert in 2026 den zweiten Fachtag „KI trifft Kultur“, der am 8. Oktober 2026 stattfinden wird. Die geplante Tagung rückt die Rolle von Kultur und kultureller Vermittlung in einer zunehmend KI-geprägten Gesellschaft in den Mittelpunkt und diskutiert zentrale Fragen ihrer Identität, Verantwortung und Kreativität. Ziel ist es, Kulturakteure und -vermittler zu befähigen, die gesellschaftlichen Auswirkungen der technologischen Entwicklungen kritisch zu reflektieren sowie mitzugestalten.

Vor einem Jahr hatte Frau Reich hier vom ersten Fachtag „KI trifft Kultur - Kompetenzen für eine zukunftsweisende Vermittlungspraxis“ berichtet. Dieser Fachtag wurde im Herbst 2024 von Verbänden, die alle in der Vermittlung tätig sind, organisiert. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die in ihren Verbänden und Einrichtungen wirken, sich weiter qualifizieren und mit den Möglichkeiten und Auswirkungen von KI in der Kultur auseinandersetzen. Auf Antrag der Verbände wird es in diesem Jahr die oben genannte Fortsetzung geben.

Ebenfalls angesprochen hatte Frau Reich vor einem Jahr den Qualifizierungsbedarf, der auch auf dem ersten Fachtag „Kultur trifft KI“ benannt wurde. Die Bundesakademie Wolfenbüttel, eine institutionell geförderte Einrichtung des Landes und die Einrichtung im Land, die spartenbezogen und spartenübergreifend Qualifizierungsangebote zu wichtigen Transformationsthemen anbietet, hat seit 2025 ihr bereits bestehendes Angebot im Bereich KI mit Fördermitteln des MWK ausgebaut. Dabei entwickelt sich das Angebot stetig weiter.

Die Qualifizierungsangebote im Bereich KI beziehen sich konkret auf das Anwendungswissen und konkrete Nutzungsszenarien, um Vermittlungsakteure weiterzubilden. Aus Gesprächen mit den Verbänden wissen wir, dass hier eine große Unsicherheit und Unwissenheit besteht.

Durch die Bundesakademie werden spartenspezifische Angebote in der bildenden Kunst, der Literatur, dem Kulturmanagement, der Musik sowie den Museen unterbreitet. Das MWK ermöglicht Teilnehmenden aus Niedersachsen, zu einem reduzierten Teilnehmenden-Beitrag an den Modulen teilzunehmen, um einen Anreiz zu setzen, sich für KI in der Kulturvermittlung zu qualifizieren.

Im Rahmen des BMBFSFJ-geförderten Projektes „Kompetenzaufbau für KI-Beratung in der kulturellen Bildung“, das in der Bundesakademie durchgeführt wird und Anfang 2026 gestartet ist, werden Fachkräfte aus der kulturellen Bildung für den Einsatz von KI-Anwendungen in Bildungs- und Vermittlungsarbeit qualifiziert. Im Anschluss können die Teilnehmenden eine Kultur- oder kulturpädagogische Einrichtung dabei begleiten, generative KI-Systeme zu erproben und in die Arbeit zu integrieren.

In dem Projekt wird quasi umgesetzt, was die Kulturministerkonferenz 2023 bereits in ihre Empfehlungen aufgenommen hat: die Qualifizierung sogenannter Digitalathletinnen und -athleten oder digitaler Transformationsmanger*innen.

Es ist geplant, dass die Bundesakademie im Rahmen des genannten Bundesprogrammes eine Anlaufstelle für KI und kulturelle Bildung aufbauen wird.

Ich möchte Ihnen noch zwei wichtige Vorhaben aus dem Museumsbereich nennen, die durch zukunfts.niedersachsen gefördert werden und seit dem 1. Januar 2026 laufen.

Vielleicht haben Sie bereits vom Projekt „DigiVers“ gehört. Die sechs niedersächsischen Landesmuseen erhalten für die erste zweijährige Projektphase rund 2,8 Millionen Euro. Ziel ist es, eine digitale Struktur aufzubauen, die Wissenschaft und Gesellschaft verknüpft. Die wichtigsten Arbeitsthemen sind: Datenbanken, Metadaten, Datenaustausch, Normvokabular und Thesauri, digitale Inventarisierung, Produktion visueller Materialien, Einbindung von Archivgut in die Digitalisierung von Sammlungen sowie Workshops, Coaching und Symposien.

Parallel läuft hierzu das ebenfalls zweijährige Verbundprojekt „KI in Museen“, das etwa 2,25 Millionen Euro erhält, um zukünftig mithilfe von Künstlicher Intelligenz Museumsdaten besser erschließen, analysieren und präsentieren zu können. Die Arbeitsthemen sind: Provenienzforschung, automatische Erschließung von Objekten, Anreicherung von Metadaten und Praxismodelle.

Im Anschluss an diese beiden zweijährigen Vorhaben ist geplant, in einer gemeinsamen zweiten Projektphase über einen Zeitraum von fünf Jahren die beiden Vorhaben zusammenzubringen. Schwerpunkt soll hierbei die Nutzbarmachung von KI und Machine Learning für das Forschungsdatenmanagement sein.

Zusätzlich erhielt der Museumsverband für Niedersachsen und Bremen über die politische Liste 2026 eine Summe von 300 000 Euro für das Vorhaben eMuseum. Ziel sind die Stärkung der digitalen Kompetenz bei „Sammlungen und Dokumentation“ sowie die Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen in niedersächsischen Museen in den Bereichen Vermittlung, Sammlung und Dokumentation, Forschung, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation, Arbeitskultur und Infrastruktur.

Ein weiteres Beispiel aus dem Bereich der Staatstheater: Das Staatstheater Hannover hat mit externer Expertise eine KI-Leitlinie von der Definition über Zielsetzungen bis hin zu einem konkreten Einführungsplan erarbeitet. Im Rahmen des Prozesses wurden die verschiedenen Akteure des Staatstheaters eingebunden. Ergebnis ist unter anderem eine interne Plattform mit lizenzierten und freigegebenen KI-Tools für Mitarbeitende.

Solche Prozesse zur gemeinsamen Erarbeitung sind sinnvoll, da KI-Tools wie Chatbots informell längst genutzt werden, ohne klare Regeln für den Einsatz zu definieren. Fehlendes Wissen und

mangelnde Kompetenzen im verantwortungsvollen Umgang mit KI wurden in dem Prozess als zentrale Herausforderungen benannt. Das Beispiel des Staatstheaters Hannover zeigt, dass KI-Expertinnen und -Experten bei der Implementierung und Umsetzung in den Einrichtungen notwendig sind. Das oben vorgestellte BMBFSFJ-Projekt an der Bundesakademie verfolgt genau diesen Ansatz.

Abschließend zur Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund: Die neue Bundesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung explizit eine „Strategie ‚Kultur und KI‘“ aufgenommen. Ich zitiere: „Künstliche Intelligenz steigert die Möglichkeiten menschlicher Kreativität enorm. Sie bietet großes künstlerisches und kulturwirtschaftliches Potenzial, wenn Urheberrechte gewahrt und künstlich generierte Inhalte erkennbar bleiben. Wir entwickeln mit den Ländern eine Strategie ‚Kultur und KI‘“.

Über die Kulturministerkonferenz gab es hierzu einen ersten Austausch mit Herrn Staatsminister Weimer im Rahmen des kulturpolitischen Spitzengesprächs vor gut zwei Wochen. Die Länder werden sich zu dem weiteren Vorgehen weiter austauschen und auf Arbeitsebene mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien im Gespräch bleiben.

Als Kulturabteilung sehen wir im Koalitionsvertrag des Bundes hier allerdings stärker Aspekte der Kultur- und Kreativwirtschaft im Fokus, die in Niedersachsen im Wirtschaftsministerium ressortieren. Auch rechtliche Urheberrechtsfragen und beispielsweise Fragen nach der Vergütung im Bereich Streaming und Plattform-Ökonomie, zu dem das Bundesjustizministerium Anfang des Jahres eine Studie veröffentlicht hat, gehören nicht in die Zuständigkeit der Kulturabteilung des MWK.

Aussprache

Abg. **Lukas Reinken** (CDU): Da Sie am Schluss Ihrer Ausführungen darauf hingewiesen haben, dass der in Rede stehende Bereich nicht ausschließlich im MWK ressortiert, sondern insbesondere auch das MW betroffen ist: Gehe ich richtig in der Annahme, dass Sie bei den Themen, die diesbezüglich in der Kulturministerkonferenz besprochen werden, die anderen zuständigen Ressorts mit einbeziehen - zum Beispiel im Rahmen eines interministeriellen Arbeitskreises -, damit sie auch auf niedersächsischer Ebene betrachtet werden?

Frau **Breyer** (MWK): Bis jetzt gab es dazu noch keinen intensiveren Austausch der Länder auf KMK-Ebene, aber sobald das der Fall ist, würden wir die anderen Ressorts natürlich entsprechend einbeziehen, damit wir auf der Kulturebene sprechfähig sind.

Abg. **Pippa Schneider** (GRÜNE): Ich habe eine Frage zum Thema Austausch zwischen den Ländern zu Best-Practice-Beispielen: In Nordrhein-Westfalen ist ja unter Federführung der Akademie für Theater und Digitalität ein KI-Kompetenznetzwerk gegründet worden. Gibt es dazu Gedanken von Ihrer Seite?

Frau **Breyer** (MWK): An dieser Stelle kann ich dazu nur so viel sagen: In der Arbeitsgruppe Digitale Transformation auf Bund-Länder-Ebene hat die Kollegin aus Nordrhein-Westfalen kurz darüber berichtet, dass das „K3 KI.Kunst.Kultur - NRW Kompetenznetzwerk“ zum 1. März 2026 an den Start geht, und auch von den Hürden und Herausforderungen gesprochen, die eine solche Errichtung mit sich bringt. Ich fand ganz spannend, dass es ganz viele Anknüpfungspunkte an das

Förderprogramm „LINK - KI und Kultur“ der Stiftung Niedersachsen gibt. Die Kollegin aus Nordrhein-Westfalen stand in einem langen Austausch mit der Stiftung Niedersachsen und hat die dortigen Erfahrungen aus diesem Bereich mitgenommen, um in Nordrhein-Westfalen daran anzuknüpfen.

Abg. **Jessica Schülke** (AfD): Ich habe zwei Fragen.

Erstens zum Thema Digitalathleten: Wie will das MWK verhindern, dass die kostenintensive Etablierung neuer Funktionspersonen, zum Beispiel von Digitalathleten, zu einem rein administrativen - so nenne ich es jetzt mal - Beamten- oder Verwaltungsapparat führt, anstatt dass die entsprechenden finanziellen Mittel den Künstlerinnen und Künstlern und deren inhaltlicher Programmarbeit direkt zugutekommen? Wir haben ja vorhin von Bürokratieabbau gesprochen, und das alles muss ja auch finanziert werden. Wären die Mittel nicht besser investiert, wenn sie direkt an die Künstler gingen, sodass sie sich in Eigeninitiative weiterbilden und mit KI auseinandersetzen könnten? Ich habe Kontakt zu vielen Künstlern, die mir sagen, dass sie schon längst dabei sind, sich entsprechend zu informieren, bzw. sich schon mit dem Thema auskennen.

Zweitens. Die Anschaffung von KI-Infrastruktur, die Lizenzen für KI-Software und die Ausbildung von Personal kosten enorme Summen. Aus welchen konkreten Haushaltsmitteln sollen diese Ausgaben gespeist bzw. inwiefern sollen hierfür Mittel umgeschichtet werden?

Frau **Breyer** (MWK): Zu Ihrer zweiten Frage: An dieser Stelle stehen uns im Moment nur die Investitionsmittel aus dem Sondervermögen Digitalisierung für den Kulturbereich zur Verfügung - mehr nicht.

Zu Ihrer ersten Frage: Als MWK können wir erst einmal nur die Mittel dafür zur Verfügung stellen, dass diese Personen entsprechend ausgebildet werden bzw. sich fortbilden können. Das tun wir, indem wir Fördermittel an die Bundesakademie geben. An den Qualifizierungsangeboten nehmen auch Künstlerinnen und Künstler teil. Wir können keinen Einfluss darauf nehmen, ob die Mittel in die Einrichtungen oder an die Künstlerinnen und Künstler gehen, die sich fortbilden und zum Teil auf Honorarbasis in den Einrichtungen tätig sind.

Abg. **Annette Schütze** (SPD): In der Unterrichtung wurde zum einen das Thema der Rolle der Kultur und der kulturellen Vermittlung in einer KI-geprägten Gesellschaft und zum anderen auch das Thema der Nutzung von KI in der Kultur selbst angesprochen - Sie hatten hier als Beispiel das Staatstheater Hannover genannt, das Rahmenbedingungen für die Nutzung von KI im Betrieb geschaffen hat.

Aber KI kann ja auch selbst sozusagen als Kunstform genutzt werden. Gibt es dafür Programme - Sie hatten Qualifizierungsangebote der Bundesakademie Wolfenbüttel genannt -, bzw. gibt es Programme, bei denen KI als künstlerische Ausdrucksform eine Rolle spielt? Man sieht ja weltweit, dass sich Kunst auch in diese Richtung entwickelt. Deshalb interessiert mich, wo wir da in Niedersachsen stehen.

Frau **Breyer** (MWK): Die Antwort auf diese Frage werde ich schriftlich nachreichen.¹

Abg. **Sebastian Penno** (SPD): Ich möchte die Punkte Datenschutz und Urheberrecht aufgreifen, die schon in der letzten Unterrichtung eine Rolle gespielt haben.

Am 11. Februar 2026 hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Durchführung der europäischen KI-Verordnung beschlossen. Ausgangspunkt unseres Antrags war der AI-Act der EU. Inwiefern sehen Sie hier direkte Berührungspunkte zu Kunst und Kultur? Inwieweit werden die Belange von Kunst und Kultur dort berücksichtigt?

Frau **Breyer** (MWK): An dieser Stelle ist vor allem die Kultur- und Kreativwirtschaft betroffen, für die das MWK zuständig ist. Die Einrichtungen sind also eher indirekt davon betroffen, aber sie werden sich natürlich damit beschäftigen.

¹ Das MWK hat mit E-Mail vom 15.04.2026 folgende Antwort übermittelt: „Dem Ministerium ist in Niedersachsen kein Förderprogramm bekannt, das ausschließlich Projekte mit Künstlicher Intelligenz als künstlerische Ausdrucksform fördert. Alle derzeit bestehenden Förderprogramme sind zu einer Zeit konzipiert worden, in der KI eine weniger hohe gesellschaftliche Relevanz beigemessen wurde. Je nach Förderkriterien ist der Einsatz von KI aber nicht grundsätzlich ausgeschlossen.“